



Zu der auf **Donnerstag**, den **01.12.2016**, um 19:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung** des **Haupt- und Finanzausschusses (Wirtschaftsförderung)** waren erschienen:

VOM HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSS (WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG):

| | | | |
|---------------|-----------------------|-----------|---------------------|
| CDU: | Frank, Elvira | Stve. | für Stv. Ergler |
| | Gutperle, Jürgen | Ehrenstv. | |
| | Renner, Engelbert | Stv. | für Stve. Käser |
| | Winkler, Christoph | Stv. | |
| SPD: | Atris, Hussein | Stv. | |
| | Rihm, Dieter | Stv. | |
| | Dr. Ritterbusch, Jörn | Stv. | Vorsitzender |
| UBV: | Bleiholder, Rolf | Stv. | |
| | Dr. Stülpner, Henrik | Stv. | |
| GRÜNE: | Winkenbach, Manfred | Ehrenstv. | |
| FDP: | Kammer, Bernhard | Stv. | |

BERATENDE MITGLIEDER (§ 62 ABS. 4, S. 2 HGO):

| | | |
|-------------|------|-------|
| Kempf, Ralf | Stv. | (WGV) |
|-------------|------|-------|

VON DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG:

| | |
|------------------|-------|
| Benz, Walter | Stv. |
| Bleiholder, Urte | Stve. |

VOM MAGISTRAT:

| | |
|------------------|---------------|
| Baaß, Matthias | Bürgermeister |
| Bolze, Jens | 1. Stadtrat |
| Vanli, Hayrettin | Stadtrat |

VON DER VERWALTUNG:

| | |
|-----------------------|---------------------------------|
| Scholz, Herbert | Kämmereiamt/Ausschussbetreuer |
| Fleischer, Michael | Hauptamt |
| Klein, Volker | Hauptamt, Ordnungsamt |
| Ewert, Frank | ASU |
| Schneider, Reiner | BVLA |
| Stöppel, Klaus-Dieter | KuBuS (bis 20:10 Uhr, TOP 6) |
| Benz, Josef | Amt für Soziales und Standesamt |
| Ehret, Patricia | Hauptamt (bis 19:40 Uhr, TOP 5) |
| Hannemann, Doris | KuBuS (bis 19:40 Uhr, TOP 5) |
| Emilsson, Runar | KuBuS (bis 20:10 Uhr, TOP 6) |
| Hielscher, Marianne | Stadtwerke, Stadtentwässerung |

ALS SCHRIFTFÜHRER:

Haas, Philipp

Oberinspektor

VON DER PRESSE:

Tageblatt

Südhessen Morgen

ZUHÖRER:

Ausschussvorsitzender Dr. Jörn Ritterbusch eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Gegen das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (Wirtschaftsförderung) vom 03.11.2016 (Nr. 6/2016) wurden keine Einwände erhoben.

**TAGESORDNUNG:**

1. Fortsetzung der Beratungen
Haushaltsplan 2017
Investitionsprogramm 2016-2020
2. Stellenplan 2017
hier: Planänderung gegenüber Stellenplan 2016
3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts gemäß § 92 Abs. 4 HGO
4. Umsetzung der Konzeption „Musikschule 18 - Schule für Generationen“; hier: Erhöhung, Anpassung und Optimierung der Gebührensatzung zum 01.04.2017
5. Erhebung von Straßenbeiträgen;
hier: Erlass einer Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge (WStrBS)
6. Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben zur Finanzierung von zusätzlichen Umgestaltungsflächen auf dem Rathausvorplatz
(Umbau Fußgängerzone - 3. Bauabschnitt)
7. Brücken im Stadtgebiet
1. Sachstandsbericht über die erforderlichen Investitionskosten
8. Immobilie Scheck-In-Center, Bürgermeister-Neff-Straße 10
9. Verschiedenes



Die TOPs 1 – 3 wurden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beraten.

1. Fortsetzung der Beratungen**Haushaltsplan 2017****Investitionsprogramm 2016-2020**

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 22.11.2016

2. Stellenplan 2017

hier: Planänderung gegenüber Stellenplan 2016

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 21.11.2016

3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts gemäß § 92 Abs. 4 HGO

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 18.11.2016

Auf o.a. Vorlagen wird verwiesen.

1. Stadtrat Bolze beantwortete die Frage von **Stv. Winkler** aus der Sitzung der Vorwoche zu den 16.000 € (V32), die 2017 für das „Stadtentwicklungskonzept 2030“ angesetzt seien: Es handle sich dabei um die Restsumme der 45.000 €, die für das Konzept zur Verfügung stehen. Diese könne man nicht übertragen, sodass die Mittel neu in den Haushalt gestellt werden müssen. Auf Nachfrage von **Stv. Winkler** bestätigte er, dass es sich also nicht um Mehrausgaben handle.

Frau Ehret (Personalabteilung) antwortete auf die Nachfrage von **Stv. Winkler** aus der letzten Sitzung zu dem vermeintlichen Widerspruch der Verringerung der Beamtenausgaben um 106.000 € bei nur 26.000 € Mehrausgaben für die TVöD-Kraft, die die beurlaubten Beamten vertrete: Die Vertretungen seien zum Teil Rückkehrer bzw. werden durch Stundenaufstockungen gewährleistet (die an anderer Stelle im Haushalt auftauchen). Außerdem werde eine der Stellen nicht zu 100 % ersetzt.

Seite 52: Ehrenstv. Winkenbach fragte, warum der Ansatz zur „Wartung und Unterhaltung der Lichtsignalanlagen“ von 0 € (2016) auf 135.000 € (2017) erhöht werden soll.

1. Stadtrat Bolze klärte auf, dass die Zuständigkeit vom Ordnungsamt zum Amt für Stadtentwicklung und Umweltplanung übergegangen sei. Dort finde sich die entsprechende Gegenposition.

Seite 31: Ehrenstv. Winkenbach fragte, was unter „Beseitigung ordnungswidriger Zustände“ zu verstehen sei.

Ordnungsamtsleiter Klein antwortete, dass es um die Beseitigung von Ölspuren usw. gehe.

Seite 40: Ehrenstv. Winkenbach fragte, ob es keine Alternative (eigene Räumlichkeiten) zur Anmietung des Alten Kinos gebe.

Herr Stöppel (Amtsleiter KuBuS) erklärte, dass man vorher den Gymnastikraum im Hallenbad von den Stadtwerken zu einer ähnlichen Miete angemietet hatte. Dieser sei zwischenzeitlich nicht mehr nutzbar gewesen. Es habe sich dann das Alte Kino angeboten, in dem man nun den Gymnastikraum sowie zwei Seminarräume nutzen könne. Auf Rückfrage von **Ehrenstv. Winkenbach** erklärte **Bürgermeister Baaß**, dass die Problematik unter dem Hallenbad schon eine Historie habe. Die Stadtwerke hätten den Fehler nicht gefunden.

Seite 107: Ehrenstv. Winkenbach fragte, was mit „Ertrag aus Entnahme Pensionsrückstellungen“ gemeint sei.

Kämmereiamtsleiter Scholz erklärte, dass im Rahmen der Eröffnungsbilanz Pensionsrückstellungen gebildet wurden. Diese werden fortgeschrieben. Wenn ein Beamter in Pension gehe, werde die Rückstellung formal egalisiert.

Stv. Dr. Stülpner fragte, ob für die neuen Poller in der Innenstadt Kosten für Instandhaltung etatisiert seien.

1. Stadtrat Bolze erklärte, dass zunächst keine Mittel eingeplant seien. Man habe 4 Jahre Gewährleistung. Die Sender werden gegen Pfand, also kostenneutral, ausge-

geben. Wenn doch etwas anfalle, werde man dies über den laufenden Haushalt abbilden können und gegebenenfalls in den Folgejahren einen Ansatz im Haushalt aufnehmen.

Ehrenstv. Winkenbach fragte, warum die VHS 4.000 € mehr für Werbung ansetze. **Herr Stöppel** antwortete, dass die in die Jahre gekommene Homepage überarbeitet werden soll. Mit dem neuen System können sich Nutzer direkt online in Kurse einschreiben.

Bürgermeister Baaß nahm Stellung zu dem Antrag der UBV-Fraktion zum Haushalt, die Grundsteuer B von 600 %-Punkten auf 500 %-Punkte zu senken.



Die Stellungnahme ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Stv. Winkler stellte fest, dass für 2017 keine abrechnungsfähigen Maßnahmen geplant seien. Deshalb werde es frühestens 2019 Belastungen für die Bürger geben.

Ehrenstv. Winkenbach fragte, ob man also mit 2017 das zweite Jahr in Folge die Vereinbarungen des Schutzschirm-Vertrages erfülle.

Herr Scholz bestätigte dies. Wenn der Plan eingehalten werde und man auch 2018 die Vereinbarung erfülle, komme man von der Aufsicht des Regierungspräsidiums los und unterstehe wieder dem Kreis.

1. Stadtrat Bolze wies auf den Bericht der Arbeitsgruppe Feuerwehr hin, der den Ausschussmitgliedern verteilt wurde. Zur Sicherstellung der Tagesalarmsicherheit werde vorgeschlagen, 3 weitere Stellen als Gerätewarte zu schaffen. Diese sollen allerdings jeweils eine weitere Aufgabe wahrnehmen (Elektroprüfungen, Ölspurbeseitigungen, Stadtpolizei).

Stv. Winkler bat darum, den Bericht in einer Sitzung mit auf die Tagesordnung zu nehmen, damit man Rückfragen stellen könne.

1. Stadtrat Bolze sagte, dass es eine Vorlage zu diesem Thema geben soll, bevor die Stellen ausgeschrieben werden. Hier werde es dann Gelegenheit geben, Fragen zu stellen.

Da es keine weiteren Fragen zum Haushalt gab, schlug **Ausschussvorsitzender Dr. Ritterbusch** vor, wie in den Vorjahren keine Beschlüsse zu fassen, sondern dies der Stadtverordneten-Versammlung zu überlassen. Der Ausschuss schloss sich diesem Vorschlag einmütig an.

Auszug: Kämmereiamt, Hauptamt

[4. Umsetzung der Konzeption „Musikschule 18 - Schule für Generationen“; hier: Erhöhung, Anpassung und Optimierung der Gebührensatzung zum 01.04.2017](#)

Bezug: Vorlage des KUBUS vom 14.11.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Bürgermeister Baaß erklärte, dass der Magistrat und auch der Sozial- und Kulturausschuss die Erhöhung vorschlugen. Man folge damit dem Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung, die Gebühren regelmäßig anzupassen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss ist mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Erhöhung, Anpassung und Optimierung der „Gebührensatzung der Stadt Viernheim über den Besuch der Städtischen Musikschule“ zum 01.04.2017 in der vorliegenden Form einverstanden und empfiehlt den parlamentarischen Gremien die Beschlussfassung.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: KuBuS/Fb. Musikschule, Kämmereiamt

5. Erhebung von Straßenbeiträgen; hier: Erlass einer Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge (WStrBS)

Bezug: Vorlage des Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamtes vom 10.11.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Stv. Kammer zeigte sich skeptisch, dass die vorliegende Satzung juristisch standhalten werde. Im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz gebe es im hessischen Gesetz keinen Passus, der ein einheitliches Abrechnungsgebiet zulasse. Es gebe keine andere Kommune in Hessen, die genauso vorgehe. Es sei auch in Viernheim nicht besonders schwierig, Abrechnungsgebiete festzulegen. Es werden hohe Kosten entstehen, wenn die Bürger gegen die Bescheide vorgehen (Anwaltskosten usw.).

Bürgermeister Baaß verwies auf die Vorlage aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.10.2016, in dem die juristischen Unwägbarkeiten dargelegt waren. Er wies darauf hin, dass die FDP im Hessischen Landtag dafür gesorgt habe, dass der entsprechende Satz im hessischen Gesetz keine Aufnahme gefunden habe.

Ausschussvorsitzender Dr. Ritterbusch wies darauf hin, dass ihm keine Änderungsvorschläge der FDP-Fraktion vorliegen.

Stv. Kammer erwiderte, dass man als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker nicht in der Lage sei, eine rechtskonforme Satzung vorzulegen. Dies sei Aufgabe der Verwaltung.

Stv. Winkler sagte dazu, dass man mindestens einen Antrag erwarten könne, dass der Vorschlag einer Satzung mit Abrechnungsgebieten vorgelegt werden soll.

Stv. Kammer sagte, dass Landwirte mit großen Ackergrundstücken extrem hoch belastet werden.

Herr Schneider (Amtsleiter BVLA) antwortete, dass die Grundstücke im Außenbereich nicht erfasst werden.

Stv. Atris fragte, mit welchen Summen man für Anwälte usw. rechnen müsse.

Herr Schneider erklärte, dass das Widerspruchsverfahren grundsätzlich kostenfrei für den Bürger sei. Zudem sei die Streitsumme nicht sehr hoch. Erfahrungsgemäß werden bei Widersprüchen nur sehr selten Anwälte hinzugezogen, ergänzte **Bürgermeister Baaß**.

Stv. Rihm sagte, dass die Politik entscheiden müsse, ob man regelmäßige oder einmalige Beiträge verlange. Zur juristischen Seite müsse man darauf vertrauen, dass die Juristen der Stadt dies geprüft haben. Die Unwägbarkeiten seien klar kommuniziert worden.

1. Stadtrat Bolze verwies auf die Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes. In Viernheim sei es sehr schwierig, Abrechnungsgebiete zu bilden. Die

Verwaltung habe nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Er gehe davon aus, dass das Thema Straßenbeitragssatzungen in Hessen bis vor den Verwaltungsgerichtshof gehen werde.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss (Wirtschaftsförderung) stimmt der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge in der vorgelegten Fassung zu und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, diese zu beschließen.
2. Der Stadtverordnetenversammlung ist Vorlage zu machen.

Abstimmung: 10 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: ASU, BVLA, Kämmerei

6. Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben zur Finanzierung von zusätzlichen Umgestaltungsflächen auf dem Rathausvorplatz (Umbau Fußgängerzone - 3. Bauabschnitt)

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 20.10.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

1. Stadtrat Bolze erklärte, dass in den folgenden Jahren sicher Instandhaltungskosten anfallen werden, wenn man den roten Belag behalte. Die Erweiterung sei als förderfähig anerkannt. Der Ausschuss Umwelt, Energie, Bauen habe zugestimmt.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss (Wirtschaftsförderung) empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Planungs- und Ausbauumgriff des 3. BA um die in Anlage 1 gekennzeichnete zusätzliche Fläche zu erweitern.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss (Wirtschaftsförderung) beschließt die Genehmigung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 75.000 ,-- € für den Umbau einer zusätzlichen Fläche im Rahmen der Umgestaltung der Fußgängerzone - 3. BA) und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, ebenso zu beschließen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Ausschussmitglieder anwesend)

Auszug: ASU, Kämmereiamt, BVLA

7. Brücken im Stadtgebiet

1. Sachstandsbericht über die erforderlichen Investitionskosten

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 17.11.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

1. Stadtrat Bolze erklärte, dass dies der aktuellste Prüfbericht sei. Er bat darum, die Mittel für die Brückensanierungen in der Haushaltsberatung freizugeben und der Verwaltung entsprechende Handlungsfreiheit zu gewähren, dass, wenn z.B. Mittel im kommenden Jahr übrig seien, eventuell eine weniger priorisierte Brücke saniert werden kann, wenn die Mittel für diese ausreichen sollten.

Er bat um ein klares Signal zu den Brücken in der Edmund-Rieß-Straße.

Stv. Kammer kündigte einen Antrag an, die Brücken in der Edmund-Rieß-Straße abzureißen bzw. nicht wieder zu errichten.

Ehrenstv. Winkenbach schlug vor, hier Stufen mit Geländer einzubauen, um den Übergang zu ermöglichen.

Stv. Winkler schloss sich an. Es sollte eine Möglichkeit für die Hauptnutzer, die Hundeführer, geben.

Er wunderte sich darüber, dass bei Vie 07 weiterhin „Fuß- und Radwegebrücke“ stehe, obwohl es einen klaren Beschluss gebe, die Brücke für den landwirtschaftlichen Verkehr nutzbar zu bauen.

1. Stadtrat Bolze sagte zu, dies im kommenden Beiblatt zu korrigieren.

Auszug: ASU

8. Immobilie Scheck-In-Center, Bürgermeister-Neff-Straße 10

Bezug: Vorlage des Bürgermeisters vom 17.11.2016

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Bürgermeister Baaß informierte, dass man vorab bei Mieter und Eigentümer nachgefragt habe, ob eine solche Nutzung in Betracht komme. Der Eigentümer habe mitgeteilt, dass es einen bestehenden Mietvertrag mit Edeka gebe, welcher bis 2025 laufe. Danach stehe man für Gespräche zur Verfügung. Edeka habe nun mitgeteilt, dass man den laufenden Rechtsstreit, bei dem man gegen die Ablehnung des Kreises eines Schuhmarktes vorgehe, abwarten wolle. Man stehe der Idee einer Eisbahn aber auch grundsätzlich skeptisch gegenüber.

Stv. Winkler bat darum, künftig keine Vorlagen mehr zu erhalten, welche keinen Beschlussvorschlag enthalten. Er schlug vor, die Verwaltung zu beauftragen, mit Edeka und dem Eigentümer eine sinnvolle Nachnutzung zu finden.

Stv. Kammer zog als Antragssteller den Antrag nach kurzer Diskussion zurück.

Auszug: Wirtschaftsförderung

9. Verschiedenes

Es gab keine Wortmeldungen.

ENDE DER SITZUNG: 20:35 Uhr

◆ : ◆ : ◆ : ◆ : ◆

DER VORSITZENDE:

gez.: Dr. R i t t e r b u s c h

(Dr. Jörn Ritterbusch)

DER SCHRIFTFÜHRER:

gez.: H a a s

(Philipp Haas)

F.d.R.d.A.

Oberinspektor

♣ INHALTSVERZEICHNIS ♣

1. Fortsetzung der Beratungen
Haushaltsplan 2017
Investitionsprogramm 2016-2020
2. Stellenplan 2017
hier: Planänderung gegenüber Stellenplan 2016
3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts gemäß § 92 Abs. 4 HGO
4. Umsetzung der Konzeption „Musikschule 18 - Schule für Generationen“; hier: Erhöhung, Anpassung und Optimierung der Gebührensatzung zum 01.04.2017
5. Erhebung von Straßenbeiträgen;
hier: Erlass einer Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge (WStrBS)
6. Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben zur Finanzierung von zusätzlichen Umgestaltungsflächen auf dem Rathausvorplatz
(Umbau Fußgängerzone - 3. Bauabschnitt)
7. Brücken im Stadtgebiet
 1. Sachstandsbericht über die erforderlichen Investitionskosten
8. Immobilie Scheck-In-Center, Bürgermeister-Neff-Straße 10
9. Verschiedenes